

# ANSICHTEN-AUSSICHTEN

◀ **Ideen für  
Stromtarife**

Seite 2 >>>

◀ **Aufforde-  
rung zum Mitma-  
chen**

Seite 3 >>>

◀ **Bezahlbarer  
Wohnraum für  
Jugendliche**

Seite 5 >>>

## Die Rente – ein Trauerspiel ?!

**D**ie Renten werden nächstes Jahr erhöht – ist das nicht ein positives Zeichen der Merkel-Regierung? Sollte dafür das Thema „Rentenangleichung“ nicht in den Hintergrund treten? Ist diese „kleine“ Ost-West-Differenz denn so bedeutend? Der Westbürger, der 45 Jahre lang ein Durchschnittseinkommen bezog, erhält 1.263,15 Euro Rente, der Ostbürger immerhin schon 1.121,40 Euro, „nur“ 141,75 Euro weniger. Aber das sind eben im Durchschnitt 11 % weniger!

CDU und FDP schrieben zwar in ihren Koalitionsvertrag „Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein“, aber was schert sie das Geschwätz von gestern. Ärgerlich nur, daß die Partei Die Linke durch mehr als 19 Anträge zur Korrektur der Überleitung der DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht das Thema immer wieder im Bundestag zur Sprache bringt!

Der Berater der Bundesregierung zur „Wendezeit“ und späterer Präsident des Bundesverfassungsgerichts und Verantwortlicher für die bis heute bestehende politische und juristische Mauer gegen alle Angleichungsbemühungen, Prof. Dr. Papier, klärt uns in seinem 2006 herausgegebenen „Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa“ unter dem Titel „Schutz übergeleiteter DDR-Renten?“ über den Hintergrund der ablehnenden Haltung der Regierungsparteien und der anderen bürgerlichen Parteien auf:

„Eigene vermögenswerte Leistungen des Berechtigten (gemeint ist der Ostrentner) müssen entweder dem verpflichteten Hoheitsträger gegenüber oder doch jedenfalls innerhalb der zur Leistung verpflichteten Solidargemeinschaft erbracht worden sein. Sozialrechtliche...Leistungen...(der Bundesrepublik) beruhen deshalb auch nicht teilweise auf eigenen Leistungen dieser Personen .... innerhalb der bundesdeutschen Solidargemeinschaft. Es geht vielmehr um einseitige bundesgesetzliche Rechtsgewährungen des öffentlichen Rechts, die demgemäß nicht als Eigentum im Sinne des Art. 14 GG qualifiziert werden kann“.

Das heißt: Es besteht kein Eigentums-, Bestands- und Vertrauensschutz für die Bürger des „Unrechtsstaates DDR“, die entgegen ihrer in der DDR erworbenen Ansprüche und Rechte als rechtlos angesehen werden.

**weiter auf Seite 4 >>>**



## Links unten

**I**m diesjährigen „Bericht zum Stand der Deutschen Einheit“ räumt die Bundesregierung auf 150 Seiten ein, daß das Bruttoinlandsprodukt der Ostländer von 73 % des Westniveaus 2010 auf 71 % 2011 geschrumpft ist. Das heißt im Klartext:

Die Lebensverhältnisse divergieren weiter auseinander zu Ungunsten der Ostländer. Kohl hatte nach dem Ende der DDR jedem Ostdeutschen blühende Landschaften versprochen und die baldige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West. Doch schon die Treuhandpolitik zerlegte den Osten und schenkte die Filetstücke dem westdeutschen Kapital. 20 Jahre nach der deutschen Einheit beträgt die Arbeitsproduktivität immer nur noch 79 % der westdeutschen, das Wachstum der Industrie lag 2011 im Westen bei 3 %, im

Osten bei 2,5 %. Das IdW in Köln hat für 2012 eine weitere Vergrößerung dieser Differenz vorausgesagt.

Die offizielle Arbeitslosenquote betrug 2011 für Ostdeutschland 11,3 %, in Westdeutschland fast nur die Hälfte. Pikant dabei, dass ein Drittel der Arbeitslosen im Osten lebt, obwohl sein Bevölkerungsanteil weniger als ein Fünftel aller Deutschen ausmacht. Die Ost-Bruttolöhne liegen bei 82,8 % des Westniveaus. Christoph Bergner, der Ostbeauftragte der Bundesregierung, hat öffentlich erklärt, daß es auch 2013 keine Angleichung der Ost- an die Westrenten geben wird.

Das ist ein klarer Bruch des Wahlversprechens von Angela Merkel und ihrer Koalition. Diese hatten sich im Koalitionsvertrag auf die Angleichung bis 2013 festgelegt.

Da stellt sich schon die Frage, ob diese Bundesregie-

rung überhaupt jemals die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West geplant hat?

Gregor Gysi bezeichnete diesen „Einheitsbericht“ als das was er wirklich ist:

Das Eingeständnis des Scheiterns der Ostdeutschlandpolitik der Bundesregierung, wenn es denn jemals eine gab!

Bergner meint, nunmehr die Rentenangleichung mit der Lohnangleichung Ost an West zu erreichen. Das bedeutet: Nie! Es sei denn, die Westlöhne sinken bald auf Ostniveau! Die Chancen dafür stehen gut!

### Heinz Scharf

nach einem Beitrag von Uli Schwemin, JW vom 02.10.2012



# Gerechte Stromtarife

Von **Marian Krüger**

**B**ezahlbarer Strom ist heute eine soziale Frage. Seit 2000 sind die Strompreise um 75 Prozent gestiegen. Bis zu 800.000 Haushalten wird jährlich der Strom abgeklemmt. Ohne Gerichtsbeschluss. Im Saarland hat es erst vor kurzem Tote bei einem Wohnungsbrand gegeben. Die Familie hatte ihre Wohnung mit Kerzen beleuchtet, weil ihr zuvor der Strom abgestellt worden war. Längst vorbei sind die Zeiten, in denen der Strom für alle Verbraucher günstig vom örtlichen Stadtwerk geliefert wurde. Heute beherrschen vier Großkonzerne den Markt: E.on, EnBW, RWE und Vattenfall. Sie diktie-

ren die Preise, sie erhalten überdies milliardenschwere Steuergeschenke von Merkel & Co. Und sie profitieren auch davon, dass die Kosten der Energiewende auf private Stromkunden und Kleinunternehmen abgeladen werden.

Man kann der Bundesregierung jedoch nicht vorwerfen, beim Problem der bezahlbaren Energie untätig zu sein. Sie haben die Großverbraucher in der Wirtschaft edelmütig entlastet. Den Normalverdienern empfiehlt Bundesumweltminister Altmaier (CDU) einen Besuch bei der Energieberatung.

Die LINKE hat da ein anderes Angebot. Wir schlagen einen Sozialtarif mit einem Freikontingent für alle

Haushalte von 300 kWh im Jahr plus 200 kWh pro Person im Haushalt vor. Der Verbrauch, der über diesen Sockel hinaus geht, würde dann teurer als heute werden. Außerdem schlagen wir eine Abwrackprämie für Altgeräte vor. Das sind nur einige unserer Ideen für eine gerechte und ökologische Preisgestaltung für Stromkunden.



**Marian Krüger**

Vorsitzender  
DIE LINKE.  
Neuenhagen

## LAG Umwelt der Partei DIE LINKE für Nachtflugverbot

Jetzt für das laufende Volksbegehren unterschreiben!

*Bis zum 3. Dezember können noch Unterschriften geleistet werden*

Potsdam, 24. September 2012: Die Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt der Partei DIE LINKE ruft alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg dazu auf, sich aktiv am derzeit laufenden Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am BER in Schönefeld „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogramms zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“ zu beteiligen und sich in die Unterschriftenlisten in den jeweiligen Ämtern einzutragen oder die Möglichkeit der Briefwahl zu nutzen.

Das zeitgleich in Berlin und Brandenburg bis zum 3. Dezember laufende Volksbegehren fordert am neuen Großflughafen BER ein konsequentes Nachtflugverbot.

„Die Partei DIE LINKE hat in den letzten Jahren viele Volksinitiativen und auch Volksbegehren aktiv unterstützt, die Verbesserung der jetzigen Gesetzgebung (Verlängerung der Auslegung der Listen, Möglichkeit der Briefwahl) ist ein Ergebnis linker Politik. Das Flughafenprojekt BER ist so nicht von der PDS, dann der LINKEN nicht gewollt gewesen, umso mehr ist es jetzt notwendig hier die schlimmsten Auswirkungen zu korrigieren,“ so Norbert Wilke, Landessprecher der LAG Umwelt der LINKEN.

Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsschädigendem Lärm, insbesondere in der Nacht, war und ist fester Bestandteil linker Politik. Dies wurde so auch im gemeinsamen Koalitionsvertrag

zwischen SPD und LINKEN vom Herbst 2009 festgeschrieben: „Es bleibt eine wichtige Aufgabe der Koalition und aller drei Gesellschafter des Flughafens Berlin-Schönefeld, den BBI so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten und effektiven aktiven und passiven Lärmschutz zu gewährleisten.“

Weiterhin setzt sich die LAG Umwelt für eine engere Kooperation mit dem Flughafen Leipzig-Schkeuditz ein, der bereits jetzt in der Lage wäre, Flugkapazitäten zu übernehmen.

Die LINKE hat auf ihrem Parteitag im Oktober vergangenen Jahres in Erfurt ein neues Parteiprogramm beschlossen. Hierin wird die Verlagerung des innerdeutschen Flugverkehrs auf die Schiene gefordert, der innereuropäische Flugverkehr soll begrenzt werden.

„Die Zeiten des Flugbooms sind vorbei, es wird auch kein drittes deutsches Drehkreuz in Schönefeld geben. Der Flugplatz wird auf Jahre subventioniert werden müssen und zu Lasten der Steuerzahler betrieben werden. Daher habe ich das Volksbegehren unterschrieben, ein Blick in die Listen macht aber klar: Es gibt noch viel zu tun,“ so Wilke weiter.

Weitere Informationen zum Nachtflugverbot:

[www.nachtflugverbot-ber.de](http://www.nachtflugverbot-ber.de)

**Norbert Wilke**

Sprecher des LAG Umwelt der Partei DIE LINKE

## Kennen Sie Riexinger?

Nein, ich meine nicht Ratzinger – Riexinger meine ich, Bernd Riexinger.

Den habe ich bis vor Kurzem auch nicht gekannt. Aber neulich habe ich ihn gesehen, in Hoppegarten, nein - nicht beim Rennen - bei einer Veranstaltung der LINKEN im Gemeindegarten. Hat sich dort vorgestellt, waren `ne Menge Leute da, die ihn wohl auch kennen lernen wollten. Hat einen guten Eindruck hinterlassen, der Mann. Redet verständlich, obwohl aus dem Schwabenland stammend, findet einfache, klare Worte.

Kann auch gut zuhören und geht auf die Leute ein. Kein bisschen eitel. Worüber er gesprochen hat? Über die Probleme im Euroland und über die Probleme der LINKEN und wie er sie mit Katja Kipping gemeinsam anpacken will. Nein, das ist nicht seine Frau. Die Beiden stehen jetzt schon eine Weile an der Spitze der LINKEN. Sie meinen, wie Karl Liebkecht und Rosa

Luxemburg? Na ja, kann man vielleicht so sagen.

Dem Riexinger ist, wie damals dem Liebkecht auch schon, die Ehre zu teil geworden,

land war, genauer: weil er zeitgleich mit der Merkel dort war, aber bei den Leuten mit marschiert ist, die sich gegen die auferlegten Sparzwänge



als „vaterlandsloser Geselle“ bezeichnet zu werden. Von wem? Von den „Stuttgarter Nachrichten“. Warum? Weil er mit der Merkel in Griechen-

land war, genauer: weil er zeitgleich mit der Merkel dort war, aber bei den Leuten mit marschiert ist, die sich gegen die auferlegten Sparzwänge wehren, die nicht auslöffeln wollen, was ihnen ihre sogenannten politischen und wirtschaftlichen Führungseliten eingebrockt haben.

Hat da auch ein Kinderkrankenhaus besucht, um sich ein Bild zu machen, wohin das erzwungene Sparen führt. Immer mehr Kinder mit psychischen Problemen werden von immer weniger und immer schlechter bezahlten Kräften betreut.

Wie schlecht bezahlt, wollen Sie wissen? Eine Krankenschwester mit 20 Dienstjahren bekommt 1300 Euro und ein Arzt rund 1800 Euro.

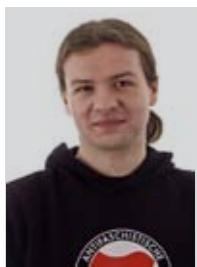
Was meinen Sie? Die sollen streiken wie unsere Ärzte? Bei uns müssten erst mal ganz andere Kreise mit Lohnerhöhungen dran sein, finde ich. Sie auch?

Vielleicht kümmern sich die LINKEN und die Gewerkschaften wieder verstärkt um die Sorgen der sogenannten kleinen Leute.

Der Riexinger mit seinen Erfahrungen als Gewerkschafter und die Kipping mit den ihren könnten das packen, selbstverständlich nur mit den Genossinnen und Genossen der LINKEN, ihren Anhängern und Wählern, also mit dir, mit Ihnen und mit mir, meint

**Werner Niebsch**

## Wer, wenn nicht Sie?



**Sven Kindervater**

Mitglied der  
Gemeinde-  
vertretung

Sind wir mal für einen Moment ehrlich: Haben Sie verstanden, warum man in Neuenhagen jetzt ausgerechnet eine Skateranlage baut?

Nun, ich könnte Ihnen sagen, dass eines Tages zwei Jungs in den Kultur- und Sozialausschuss kamen, um mit uns Abgeordnete zu reden. Ich könnte erzählen, wie wir erste Gespräche führten, später auch mit anderen Fraktionen und der Verwaltung. Ich könnte berichten, wie wir die Notwendigkeit festgestellt, uns ein gemeinsames Herangehen erarbeitet und die Finanzen

geprüft haben. Ich könnte auf Artikel aus der Presse verweisen und darauf, wie wir die Jungs an jedem Schritt des Planverfahrens beteiligt haben.

Ich könnte Ihnen zeigen, dass wir dank vieler Bemühungen sogar die Erwartungen der Jungs übertroffen haben. Und jetzt wüssten auch Sie, warum Neuenhagen eine neue Skateranlage bekommt.

Warum erzähle ich Ihnen das? Weil ich heute einfach mal ein Hohelied auf die Kommunalpolitik anstimmen möchte. Und weil ich möchte, dass diese Begeisterung auch auf Sie überspringt.

Ja, Sie! Kommunalpolitik ist spannend, abwechslungsreich – und sie geht uns alle an! Kommunalpolitik ist Politik vor der eigenen Haustür. Ob Bürgerhaus, Spielplätze oder Kitagebühren, ob Jugendzentren, Schulverpflegung oder Fahrradwege – Kommunalpolitik betrifft uns direkt.

Was man in der Gemeindevertretung beschließt, kann man anschließend sehen, anfassen, erleben. Hier können wir Bürger uns direkt beteiligen, auf Probleme konkret eingehen und Zukunft lokal planen.

Dabei darf man nie vergessen: Gemeindevertreter sind „ins Rathaus gestolperte“ Bürger – nicht mehr und eben auch nicht weniger. Sie sind mit der Ortspolitik in Berührung gekommen und es hat sie eben einfach nicht mehr losgelassen. Sie sind Polizisten, Lehrer, Studenten, Grünpfleger, Tischler, Beamte, Rentner ...

Jeder kann Kommunalpolitik. Und jeder sollte! Auch Sie!

Die nächsten Kommunalwahlen werden im Frühjahr 2014 stattfinden und wir wollen den Generationswechsel, darin sind sich alle Fraktionen einig. Fassen Sie den Mut und ihre Neugier und schauen Sie bei uns vorbei, fragen Sie nach, mischen Sie sich ein. Entscheiden Sie sich auch zum Mitmachen vor ihrer eigenen Haustür. Spannende Jahre erwarten Sie.

Und glauben Sie mir: Auch Sie wird es so schnell nicht wieder loslassen.

**Sven Kindervater**

amt. Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE Neuenhagen

Für ihre Alterssicherungsrechte erhalten sie nach dieser Auffassung nur neue, geringerwertige Ansprüche gemäß RÜG „zuerkannt“. Diese besitzen keinen Bezug mehr zur Lebensleistung der Betroffenen.

Hunderttausende müssen seit über 20 Jahren durch diese Ignoranz und bewusste Diskriminierungen der DDR-Regelungen empfindliche Einbußen bei ihrer Rente hinnehmen.

Durch die Liquidierung jeglicher zusätzlicher Versicherungen müssen nicht nur alle vormalig im Staatsapparat, bei Parteien und Organisationen, bei Polizei, Armee und Zoll Beschäftigten, sondern auch alle der Intelligenz zugeordneten Personen mit etwa 60 %, im Extremfall mit nur 30 % der Altersbezüge ihrer westdeutschen Berufskollegen auskommen.

Damit nicht genug:

Auch diejenigen Ostdeutschen, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben, sind davon massiv betroffen. Besonders Frauen müssen sich auf eine Armutsrente einstellen, weil nicht nur die Ansprüche aus DDR-Zeiten wegfallen, sondern auch unterschiedliche Zeiten und Lebenssituationen keine Berücksichtigung mehr finden. Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, Arbeitslosengeld II haben eine Rente zur Folge, von der der Betroffene nicht leben kann.

Der Soziale Arbeitskreis Treptow-Köpenick hat an einigen ehemaligen Grenzübergangsstellen in Berlin Markierungen auf das Straßenpflaster gesetzt:

„Achtung! Hier beginnt das Lohn- und Rentengebiet Ost!“

Die ehemalige Staatsgrenze trennt bis heute zwei Landesteile, gemessen an Löhnen und Renten.

Interessengemeinschaften der Deutschen Reichsbahn und andere kämp-

fen öffentlich um die Anerkennung der Lebensleistungen der ehemaligen DDR-Bürger und gegen ihre „Enteignung“. Viele Betroffene gingen den juristischen Weg über Landes- und Bundessozialgerichte. Doch wie kann das Ergebnis nach oben zitierter Auffassung anders aussehen als Nichtannahme, Abschlag oder Aussitzen der Klagen bis hin zur Auferlegung von Missbrauchsgebühren bis 1.300 Euro, wenn jemand den „Gerichtsbeschluss“ nicht anerkennen will?

Leider oder „Marx sei Dank“ gibt es nur die Partei Die Linke, die sich nachweislich wiederholt für eine menschenwürdige Rente in Ost und West einsetzt. Und zwar für eine staatliche Rente für jedermann und keine private Rente für Besserverdienende, die außerdem nur dafür sorgt, daß die Versicherungsunternehmen gut verdienen. Denn der „von der Leyen Vorschlag“ ist eine Luftnummer, die SPD-Unterstützung der Rente mit 67 eine Rentenkürzung, der „Nachversicherungsvorschlag“ der FDP nicht bezahlbar.

Die Anzahl derer, die für eine gerechte und bessere Rente kämpfen, wird biologisch bedingt, immer weniger. Diejenigen, die die Auswirkungen dieser Regierungspolitik erst in einigen Jahren erwarten und ihre Einkommen nicht durch „Vorträge“ aufbessern können, sollten sich jetzt mit dem Thema befassen, bevor es biologisch zu spät ist!

### Heinz Scharf

Quellen:  
Martina Bunge, Statt Wahlbetrug bei der Rente - Lebensleistung Ost anerkennen  
[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de), 16.08.2012,  
Broschüre Die Linke im Bundestag, 19 Anträge, Debatten und Abstimmungen, 24.02.2011,  
Berichte betroffener Rentner,  
Eisenbahner und Verkehrsgewerkschaft, [www.evg-online.org](http://www.evg-online.org),  
Sozialer Arbeitskreis Treptow, [www.okv-ev.de](http://www.okv-ev.de),  
Dres.Christoph, Info 3/2009, [www.ostrentner.de](http://www.ostrentner.de),  
Rentenkonzept der Partei Die Linke, [www.linksfraktion.de/positionspapiere/rente-leben/](http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/rente-leben/)

### Königskinder ...

Es waren zwei Präpositionen, die hatten einander so lieb; sie konnten zusammen nicht kommen, die Werbung sie auseinander hieb.

Ich weiß, das ist eine ziemlich holprige Parodie eines Liedanfangs. Wo das berühmte Körnchen Wahrheit steckt? Es geht um die Verhältniswörter von und bis. Nur in harmlosen Situationen dürfen sie beieinander sein: von morgens bis abends, von Anfang bis Ende. Doch in der Sprache der Reklame ist ihnen der Umgang offensichtlich streng verboten. Dazu kommt: Von muss ab den Platz räumen.

Neulich stand ich vor einem Ständer voller Hosen und einem Preisschild mit dem verlockenden Versprechen: ab 19 Euro. Das erschien mir günstig; ich fand eine passende und musste an der Kasse sage und schreibe 89 Euro zahlen. „Warum?“, fragte ich verwundert die Kassiererin. Die etwas schnippische Antwort: „Es steht doch dran: ab!“ Ich schaute nach und musste zugeben, dass es stimmte. Es waren nicht alle Hosen gemeint, sondern nur eine und die noch in der Übergröße. Zudem war ab so klein geschrieben, dass ich es glatt übersehen hatte, was wohl auch beabsichtigt war.

In einer Zeitungsanzeige war zu lesen, dass für eine Stelle ein Monatsverdienst bis 3 000 Euro garantiert werde. Bewerber bekamen Ultimo aber nur ganze 300 Euro bar auf die Krallen. „Warum?“, beschwerten sie sich beim Chef und wurden belehrt: „Im Inserat steht klar und deutlich: bis.“ Von und bis, ach, ihr beiden fehlt mir in der Werbung sehr. Wenn es wenigstens beim Preis bis und beim Verdienst ab hieß!

### Dietrich Lade

## 28. Neuenhagener Gespräch

- Wo bleibt die Rentenangleichung Ost an West?
- Werden die staatlichen Renten von Ost und West wie versprochen bis 2013 angeglichen sein?
- Sind von den Ostrenten nicht eher nur die „Alten“ betroffen? Wie lange gibt es eigentlich noch Ostrenten?
- Ist eine „Riesterrente“ nicht die bessere Lösung für die Zukunft?
- Ist das Rentenkonzept der Linken finanzierbar?

**Am Mittwoch, 28.11.2012, um 19.00 Uhr**  
Rathaussaal unter dem Wasserturm  
im alten Rathaus Neuenhagen,

Am Rathaus 1,  
15366 Neuenhagen bei Berlin.

Vom S-Bahnhof in gerader Linie etwa 400 m entfernt. Eingang rechts unten vom Haupteingang.

Wir freuen uns auf

### Dr. Martina Bunge,

Sozialwissenschaftlerin,  
gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und verantwortliche Abgeordnete für die Rentenüberleitung

# Bezahlbarer Wohnraum für Singles in Ausbildung

Interview mit Herrn Jens Schubert, Fachbereichsleiter 1 in der Gemeindeverwaltung Neuenhagen und Geschäftsführer der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Neuenhagen mbH



Das Haus in der Wolterstraße 6

AA: Bezahlbaren Wohnraum für junge Neuenhagener zu schaffen ist schon oft öffentlich gefordert worden. Mit dem Erwerb einer Immobilie durch die KENeu in der Wolterstraße ergibt sich nun eine Möglichkeit. Was ist hier geplant?

Herr Schubert: Ich muss vorausschicken, dass es rechtlich nicht ohne weiteres möglich ist, Wohnraum befristet (in unserem Falle an eine bestimmte Altersgruppe) zu vermieten. Mit der Gründung eines gemeinnützigen Trägervereins werden wir die Hürde nehmen, die der Gesetzgeber da aufgebaut hat.

AA: Welche Baumaßnahmen sind jetzt erforderlichlich?

Herr Schubert: Das Haus wurde bisher als Pension benutzt. Wir können es für unsere Zwecke eins zu eins übernehmen. Es stehen zehn Räume zur Verfügung, die sind möbliert und mit Bad und WC ausgestattet. Im Erdgeschoss kann eine vorhandene Küche gemeinschaftlich benutzt werden. Der ehemalige Gastraum ist als Aufenthaltsraum geeignet. Somit liegt der Gebrauchswert dieser Unterkünfte über einem Internatsplatz, aber unterhalb einer kompletten Wohnung.

AA: Was haben denn die künftigen Bewohner zu zahlen?

Herr Schubert: Die Mieten werden als Warmmieten kalkuliert. Sogar der Stromverbrauch ist in der Miete enthalten. Die Kalkulation ist noch nicht endgültig, aber die Miete wird je nach Größe des Wohnraumes zwischen 250 und 350 Euro liegen, vielleicht bei den sehr großen Räumen, wo eventuell auch zwei Personen einziehen können, etwas darüber.

AA: Wer kann sich um eine solche Wohnung bewerben?

Herr Schubert: Der Bewerber muss mindestens 18 Jahre alt sein, er soll eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren oder einen Bundesfreiwilligendienst leisten beziehungsweise im ersten Arbeitsverhältnis im Anschluss an die Ausbildung sein. Das Mietverhältnis endet mit dem 27. Lebensjahr. Es wird erwartet, dass der Bewerber einen Bezug zu Neuenhagen hat oder herstellt und dass

er sich am gemeinschaftlichen Betrieb des Objektes beteiligt.

AA: Wie viele Bewerber haben sich schon gemeldet?

Herr Schubert: Der Bedarf ist schwer zu kalkulieren. Wir werden das Projekt noch weiter bekannt machen, nachdem wir die organisatorischen Vorbereitungen abgeschlossen haben. Nach unseren Informationen gibt es viele Interessenten.

AA: Herr Schubert, wir wünschen dem Projekt gutes Gelingen und danken Ihnen für das Interview.

Das Interview führte **Werner Niebsch**

Bewerber für das Wohnprojekt können sich melden bei KENeu mbH, Schäferplatz 2, 15366 Neuenhagen, Tel.: 03342 2424 0 , Ansprechpartner Frau Skulski

Auszüge aus dem Maßnahmeplan der Lokalen Agenda, deren Umsetzung sich die Linken im Kommunalwahlprogramm 2008 vorgenommen haben

Leitlinie	Maßnahme	Adressat
zur Verschönerung des Ortsbildes beizutragen.	Straßenraum bepflanzen und pflegen	
	Freizeitanlagen wiederherstellen.	
AG Jugend		
Freizeitangebote anbahnen	Anzahl der Kinderspielplätze erhöhen	Bürgermeister
Preiswerten Wohnraum für junge Menschen schaffen Begründung: Zwar leben in Neuenhagen relativ viele Schulkinder, doch nach dem Abschluss ziehen die meisten ins nahe Berlin. Hierbei spielt nicht nur die Entfernung zur Arbeits-/ Ausbildungsstätte eine Rolle, sondern vor allem der fehlende preiswerte Wohnraum in Neuenhagen.	Teilleistungen in Veranstaltungen) Zentralen (z. T. WG-fähigen) Wohnraum für junge Menschen zu günstigen Preisen anbieten Wohncamp: In den Ferien können Jugendliche hier vorübergehend wohnen und sich ihr Zusammenleben selbst organisieren	Gemeindeverwaltung, KENeu  Schulen, Internationaler Bund e. V., Gemeindeverwaltung

## Heute: Der Adelsbrief

dass vor einigen Jahren am südlichen Giebel unserer „Arche“ in großen Buchstaben der weise Spruch prangte „Die Arbeit ist der einzige Adelsbrief, der vor der Vernunft bestehen kann“. Es ist ein Satz des früher sehr bekannten und heute schon fast vergessenen Astronomen, Volksschriftstellers und Kulturphilosophen Bruno H. Bürgel. Die heutige Arche mit dieser Inschrift war von 1948 bis 1959 die Neuenhagener Berufsschule „Bruno H. Bürgel“. Sie erhielt ihren Namen 1949 auf Vorschlag des Lehrerkollegiums und durch Beschluss der Gemeindevertretung, so dass diese besondere Giebelinschrift wohl verständlich war.

Bürgel war kein weltfremder Träumer und kein romantischer Schwärmer von der guten alten Zeit. Er wusste, wovon er schrieb. 1875 in einem Berliner Vorort geboren, wuchs er in der Kellerwohnung eines Hinterhofes auf. Als ungelernter Arbeiter erlebte er frühzeitig die Arbeit weniger als Adel, sondern mehr als Fluch. Er war in überwiegend zehnstündiger täglicher Arbeitszeit in einer Glasflaschenfabrik, in einer „Schraubensbude“ und schließlich in einer Papierfabrik tätig. Viele Monate lebte er als Arbeitsloser am Rande des Existenzminimums, selbst von den schmutzigsten und eintönigsten Arbeiten ausgeschlossen. Trotzdem oder gerade wegen dieser



Erfahrungen hielt er die Arbeit für ein grundlegendes Recht jedes Menschen. In seiner Autobiographie „Vom Arbeiter zum Astronomen“ spricht er von seiner tiefen Überzeugung „...die Welt wird nicht zur Ruhe kommen, bis die sich aus diesen Überlegungen ergebenden politischen und ökonomischen Maßnahmen getroffen sind“.

Wir sollten diese heute nicht mehr sichtbare Giebelinschrift nicht vergessen. Sie

kann uns eine Mahnung sein, aus dem primitiven „Job“ unserer Tage wieder eine lebenswerte Arbeit zu machen, die menschliche Befriedigung gibt und eine Familie ernähren und versorgen kann. Ein Leben mit solcher Arbeit und Zukunftsaussicht könnte möglich werden, wenn - wie Bürgel sagt - die politischen und ökonomischen Maßnahmen dafür getroffen sind oder, wie wir heute sagen, erkämpft worden sind.

## Unsere Buchtipps für Sie



**Karl-Heinz Christoph**  
Bestohlen bis zum Jüngsten Tag - Kampf dem Rentenabbau Ost  
Verlag Das Neue Berlin  
14,95 Euro

Rentenrecht und Alterssicherung auf dem Prüfstand. Was steckt hinter Propaganda-Formeln wie: »Die Rente ist sicher«? Schlagende Beispiele, wie mit Renten-

gesetzen die Menschenrechte verletzt werden. Einst hieß es: Die Rente ist sicher. Heute wissen wir, dass es den Rentnern zunehmend schlechter geht. Ursache sind staatliche Regelungen, deren Langzeitwirkungen nicht durchschaut werden. Rechtsanwalt Karl-Heinz Christoph macht in seinem Buch die politisch-juristischen Vorgänge sichtbar, die diese verhängnisvolle Entwicklung stützen.



**Holger Balodis, Dagmar Hühne**  
Die Vorsorgelüge  
Wie Politik und private Rentenversicherung uns in die Altersarmut treiben  
Econ Verlag,  
18,00 Euro

Alle sagen: Private Rentenversicherung muss sein, sonst droht Altersarmut. Doch die von der Versicherungswirtschaft angebotenen Formen der Privatrente sowie Riester- und Rürup-Rente taugen nicht als Ersatz für die gesetzliche Rente. Politiker, Finanzlobbyisten und Wissenschaftler haben die gesetzliche Rente demontiert, um das private Geschäft mit der Altersvorsorge anzukurbeln - zu Lasten der Rentner von morgen.

Das Bürgerbüro der LINKEN in der Ernst-Thälmann-Str. 33 ist geöffnet:  
dienstags von 13 - 18 und  
sonnabends von 10 - 13 Uhr



**Impressum**  
ANSICHTEN - AUSSICHTEN  
Herausgeber: Ortsorganisation Neuenhagen der Partei DIE LINKE, Marian Krüger  
c/o Bürgerbüro  
Ernst-Thälmann-Str. 33  
15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.